DIGITALE REPRINTS

Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam HTTP://ZEITGESCHICHTE-DIGITAL.DE/DOKS

Heike van Hoorn

Zwischen allen Stühlen. Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in den ersten Jahren der SBZ/DDR (2003)

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.898

Reprint von:

Heike van Hoorn, Zwischen allen Stühlen. Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in den ersten Jahren der SBZ/DDR, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 159-178

ISBN 3-936411-01-08

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: credaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis: Heike van Hoorn, Zwischen allen Stühlen. Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in den ersten Jahren der SBZ/DDR (2003), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.898

Ursprünglich erschienen als: Heike van Hoorn, Zwischen allen Stühlen. Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in den ersten Jahren der SBZ/DDR, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 159-178

Fremde und Fremd-Sein in der DDR

Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland

Herausgegeben von

Jan C. Behrends
Thomas Lindenberger
Patrice G. Poutrus

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme:

Fremde und Fremdsein in der DDR: zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland / Jan C. Behrends; Thomas Lindenberger; Patrice G. Poutrus (Hrsg.)

- Berlin : Metropol 2003 ISBN 3-936411-01-8

ZZF 14964

Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V, Bibliothek

© 2003 Metropol Verlag

Kurfürstenstr. 135

D-10785 Berlin

www.metropol-verlag.de

Druck: Fuldaer Verlagsagentur

Inhalt

Jan C. Behrends · Thomas Lindenberger · Patrice G. Poutrus	
Fremde und Fremd-Sein in der DDR	
Zur Einführung	9
Jürgen Danyel	
Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur	23
Staatssozialismus als Fremdherrschaft	
Gábor T. Rittersporn	
Fremde in einer Gesellschaft der Fremden: Das sowjetische Beispiel	43
Oliver von Wrochem	
Die sowjetischen "Besatzer" Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung	57
Jan C. Behrends	
Sowjetische "Freunde" und fremde "Russen" Deutsch-Sowjetische Freundschaft	
zwischen Ideologie und Alltag (1949-1990)	75
Gesamtdeutsche Dimensionen	
Christoph Classen	
Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten	101

Ina Dietzsch	
Deutsch-Sein in einem geteilten Land Das Problem kultureller Zugehörigkeiten	127
Nicole Hirschler-Horáková	
Deutsche aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik und der DDR Aspekte des Vertretungsanspruches in den 1950er Jahren	141
Soziale Ausgrenzung in der DDR	
Heike van Hoorn	
Zwischen allen Stühlen Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in den ersten Jahren der SBZ/DDR	159
Thomas Lindenberger	
Das Fremde im Eigenen des Staatssozialismus Klassendiskurs und Exklusion am Beispiel der Konstruktion des "asozialen Verhaltens"	179
Elfie Rembold	
"Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken." Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR	193
Joan Hackeling	
Das "Fremde" im Spannungsfeld zwischen Herrschaft und gesellschaftlicher Praxis: Das Beispiel Rostock 1978–1989	215
Ausländer in der DDR	
Patrice G. Poutrus	
Mit strengem Blick Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS	231
Uta Rüchel	
Zwischen Paternalismus und Solidarität: das SWAPO-Kinderheim in Bellin	251

Dennis Kuck	
"Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat"?	
Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR	271
Rita Röhr	
Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz	
Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben	
des Bezirkes Frankfurt/Oder	283
Annegret Schüle	
"Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt."	
Die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte aus Schwarzafrika	
und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei	309
Anhang	
Jan C. Behrends · Dennis Kuck · Patrice G. Poutrus	
Thesenpapier: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit	
in den Neuen Bundesländern	327
Abkürzungsverzeichnis	334
Christoph Kalter · Marcel Streng	
Bibliographie "Fremde und Fremdsein in der DDR"	339
Die Autorinnen und Autoren	373

Heike van Hoorn

Zwischen allen Stühlen

Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in den ersten Jahren der SBZ/DDR

Die Geschichte der Aussiedlung sudetendeutscher Antifaschisten und ihrer Integration in die Nachkriegsgesellschaft der SBZ/DDR gehört in den Gesamtzusammenhang der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostdeutschland und Osteuropa sowie ihrer Integration in die Gesellschaft der beiden deutschen Teilstaaten. Unter den insgesamt etwa vier Millionen geflohenen, vertriebenen und ausgesiedelten Deutschen, die in der sowjetischen Besatzungszone verblieben, bildeten die über 800 000 Deutschen aus der Tschechoslowakei die zweitgrößte Gruppe. Etwa 50 000 von ihnen, mehrheitlich ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) und der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP), kamen als sogenannte Antifa-Umsiedler in die SBZ.^I

I. Vorgeschichte

Der Blick auf das Schicksal der sudetendeutschen Vertriebenen ist in der Vergangenheit sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik verstellt worden: zunächst durch die Instrumentalisierung der Vertriebenenfrage im Dienste des Kalten Krieges, dann durch das Auftreten offizieller Repräsentanten der Vertriebenen, deren Forderungen infolge der Veränderungen der politischen Kultur auch in der Bundesrepublik als zunehmend rückwärtsgewandt und dem neuen Entspannungskurs hinderlich empfunden wurden.

Etwa 50 000 Antifa-Umsiedler wurden als solche registriert. Da jedoch viele legitimierte Antifaschisten auf eigene Faust, im Zuge der sogenannten wilden Vertreibungen oder mit gewöhnlichen Vertriebenentransporten nach Deutschland gelangten, ist ihre Gesamtzahl deutlich höher anzusetzen. Sie wurden jedoch nicht von den Umsiedlerbehörden oder Parteistellen als "Antifa-Umsiedler" registriert, da sie nicht Teilnehmer der sogenannten Shukow-Aktion waren. Daher sind sie nicht Gegenstand der folgenden Ausführungen.

"Die Sudetendeutschen haben in und außerhalb Deutschlands den Ruf einer ,strammen', bis zur nationalistischen Intransigenz gesteigerten nationalen Gesinnung und gelten als "Erfinder' des Nationalsozialismus vor Hitler", beschrieb Ende der fünfziger Jahre der DDR-Historiker Othmar Feyl den schlechten Ruf der Sudetendeutschen und beklagte, daß der Beitrag der deutschen Arbeiterbewegung zur Gründung der KPTsch viel zu wenig bekannt sei.2 Daß diese Feststellung auch für den Widerstand der sudetendeutschen Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, ja überhaupt für diesen Zweig der Arbeiterbewegung gilt, ist in jüngerer Zeit von Klaus Sator hervorgehoben worden.3 Die Erfolgsgeschichte der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins in den dreißiger Jahren hat das politische Bild von den Sudetendeutschen nachhaltig geprägt. Gegenüber den mehr als eine Million Mitgliedern der SdP im Jahre 1938 nahmen sich die 13 000 deutschen Parteimitglieder der KPTsch und die 80 000 in der DSAP organisierten Sozialdemokraten in der Tat spärlich aus. 4 Dennoch kämpften sie gegen die Henleinbewegung und für die Erhaltung der tschechoslowakischen Republik,5 obwohl sie sich in einer schwierigen Loyalitätssituation befanden. "Wir Deutschen, die der Kommunistischen Partei in der damaligen ČSR angehörten, hatten es in unserem Kampf schwerer als die tschechischen Genossen. Wurden wir

- Vgl. Othmar Feyl, Die böhmendeutsche Linke um den Reichenberger "Vorwärts" und ihre Vorarbeit für die Entstehung der Kommunistischen Partei der ČSR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena 7 (1957/58), H. 4, S. 533-552, hier S. 533.
- Vgl. Klaus Sator, Anpassung ohne Erfolg. Die sudetendeutsche Arbeiterbewegung und der Aufstieg Hitlers und Henleins 1930–1938, Darmstadt 1996, S. 1 und 12. Ganz zu schweigen von den Hitlergegnern anderer politischer Couleur, aus christlicher Motivation oder den deutschen Juden in der Tschechoslowakei. So urteilt Emilia Hrabovec, daß der religiös motivierte, in erster Linie katholische Widerstand "zu den am wenigsten erforschten Aspekten des sudetendeutschen Widerstands" gehöre. Und es seien "gerade christliche Hitlergegner" gewesen, "denen es 1945/46, bar jeder politischen Stütze in der erneuerten ČSR, am schlechtesten erging". Vgl. Emilia Hrabovec, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947, Frankfurt a. M. 1995, S. 373.
- In den kommunistischen Gewerkschaften waren 1937 rund 42 000 Deutsche organisiert. Vgl. Heinrich Kuhn, Zur Sozialstruktur der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Bohemia 3 (1962), S. 426–467, hier S. 432. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen brachten es im Sommer 1938 noch auf 200 000 Mitglieder. Vgl. Nancy Merriwether Wingfield, Minority Politics in a Multinational State. The German Social Democrats in Czechoslovakia, 1918–1938, New York 1989, S. 167.
- Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei hatte allerdings, getreu der Linie der Kommunistischen Internationale, bis 1935 die Lostrennung der Minderheiten vom Staate und die Zerschlagung der Ersten Tschechoslowakischen Republik verfochten, um auf diese Weise den revolutionären Prozeß zu beschleunigen. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sowie der zwischen der UdSSR und der Tschechoslowakei abgeschlossene Beistandspakt veränderten jedoch die Haltung der Kommunisten zum Staat, obwohl die klassenkämpferischdogmatische Position offiziell nicht widerrufen wurde. Erst im Vorfeld des Münchner Abkommens erschien die Tschechoslowakei in der Propaganda der KPTsch als demokratischer Staat, zu dessen Verteidigung die Parteimitglieder aufgerufen wurden. Vgl. dazu Sator, Anpassung ohne Erfolg, S. 56–67 und 273–285.

doch nicht bloß politisch, sondern auch sozial und national unterdrückt. Durch die wirtschaftliche und nationale Unterdrückung der deutschsprachigen Bevölkerung gewannen die Henleinfaschisten unter den werktätigen Menschen immer mehr Einfluß und wir wurden, weil wir auf die chauvinistische Hetze nicht eingingen, als Verräter am sudetendeutschen Volk bezeichnet", brachte ein alter Genosse rückblickend die Bedingungen des sudetendeutschen Widerstands, die auch für die Sozialdemokraten galten, auf den Punkt.⁶

Als deutsche Truppen in die Sudetengebiete einmarschierten, flohen Zehntausende Deutsche in das Innere Böhmens in der trügerischen Hoffnung, dort in Sicherheit zu sein.⁷ Weitere Zehntausende deutscher und tschechischer Hitlergegner wurden schon im Oktober und November 1938 verhaftet. Nach der Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei flohen etwa 5000 deutsche Sozialdemokraten und 1500–1700 deutsche Kommunisten ins Exil, Hunderte wurden in den folgenden Jahren hingerichtet oder in Konzentrationslagern ermordet.⁸

Allen Plänen zur Vertreibung der Deutschen aus einer wiederhergestellten Tschechoslowakischen Republik, die während des Krieges im tschechoslowakischen Exil entworfen wurden, war gemeinsam, daß sie mindestens Ausnahmeregelungen für die staatstreuen und antifaschistischen Deutschen enthielten. Entsprechend sah auch das erste Regierungsprogramm der neuen tschechoslowakischen Regierung, das im April 1945 in der slowakischen Stadt Kaschau proklamiert wurde, die Bestätigung der Staatsbürgerschaft für aktive Antifaschisten vor. Wobei die Definition, was ein Antifaschist sei, recht bald an die frühere Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei geknüpft wurde. Doch statt einer gleichberechtigten Teilnahme am Wiederaufbau der Tschechoslowakischen Republik mußten die deutschen Hitlergegner bald die Erfahrung von Diskriminierung, Enteignung und Vertreibung machen. Nicht

- Brief des Josef G. aus Zeitz an das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, [o. D.], Eingangsstempel v. 6. 4. 1961, SAPMO-BArch, SgY 3/V 148/2/11, Bl. 224.
- Grünwald spricht davon, daß sich noch nach dem 15. März 1939 im Protektorat Böhmen und Mähren 27 000 Flüchtlinge aus den Sudetengebieten befunden hätten, darunter 12 500 aktive Hitlergegner und 14 500 Juden. Vgl. Leopold Grünwald, In der Fremde für die Heimat. Sudetendeutsches Exil in Ost und West III, München 1982, S. 12.
- 8 Vgl. Jan Foitzik, Sozialdemokratische Selbstaufgabe durch Einheit mit Kommunisten, in: Bohemia 28 (1987), S. 344–353, hier S. 346; Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S. 371.
- 9 So wurden bereits in einer Verordnung des Innenministeriums vom 16. Mai 1945 unter den aktiven Hitlergegnern, denen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu bestätigen sei, "besonders Kommunisten und Sozialisten, deren Mitgliedschaft anerkannt ist", hervorgehoben. Vgl. Abschrift dieser Verordnung: BLHA Rep. 530 Nr. 8437 (unpag.). Spätere Vorschriften hoben diese parteipolitische Einengung zwar formell wieder auf, doch in der Praxis hatten es Nichtsozialisten wesentlich schwerer, als Antifaschisten anerkannt zu werden, vor allem, da ihnen der parteipolitische Rückhalt fehlte, den Kommunisten und Sozialdemokraten trotz aller Abstriche noch hatten. Vgl. Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S. 379.

nur, daß Deutschen die politische Betätigung generell verboten wurde und bis Ende 1946 noch kein einziger deutscher Antifaschist die endgültige Staatsbürgerschaft erhalten hatte; auch der Entzug der vorläufigen Antifa-Legitimation, die Konfiskation von Haus- und Grundbesitz, die Einweisung in Internierungslager und zur Zwangsarbeit sowie die "wilde" Vertreibung über die Grenzen hinweg waren alltägliche Erfahrungen der deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten.

"Auf Grund dieser ganzen Vorgänge haben die Antifaschisten wie die lokalen Arbeiter keine Lust und Liebe mehr, in der Tschechoslowakei zu bleiben und wollen alle freiwillig über die Grenze", klagte bereits im August 1945 ein deutscher Kommunist aus Teplitz-Schönau in einem Schreiben an das Zentralkomitee der KPD in Berlin. Nach einzelnen Kontakten und vorbereitenden Gesprächen zwischen örtlichen Parteiorganisationen hüben wie drüben kam es im September 1945 zu einer Vereinbarung zwischen den Parteiführungen der KPTsch und der KPD über die Umsiedlung deutscher Kommunisten und antifaschistischer Funktionäre in die SBZ, die von der Sowjetischen Militäradministration abgesegnet wurde und den Namen "Shukow-Aktion" erhielt.

Im Rahmen dieser Aktion wurden von Oktober 1945 bis Dezember 1946 rund 50 000 als "Antifa-Umsiedler" registrierte Sudetendeutsche in speziellen Transporten in die Sowjetische Besatzungszone überführt. ¹⁰ Die streng überprüfte Auswahl der Transportteilnehmer bevorzugte eindeutig die Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten.

Zwei Punkte unterschieden den Antifa-Transfer ganz wesentlich von der Vertreibung der übrigen Deutschen aus der Tschechoslowakei:

Zum einen die Transportbedingungen: Im Gegensatz zu den anderen vertriebenen Sudetendeutschen, denen offiziell lediglich die Mitnahme von 30–50 kg Besitz zugestanden wurde, durften die Antifaschisten große Teile ihres beweglichen Besitzes mitnehmen, für dessen Transport die tschechoslowakische Regierung eigens Güterwaggons zur Verfügung stellte.

Der zweite gewichtige Unterschied bestand darin, daß man die Aussiedlung deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten nach Deutschland als "freiwillige Ausreise" zum politischen Wiederaufbau Deutschlands deklarierte. So zitierte die kommunistische Zeitung Rudé Právo im November 1945 die Parlamentsrede des Generalsekretärs der KPTsch, Rudolf Slánský, anläßlich des Beginns der Antifa-Aktion: Mit der Abreise der deutschen "Kommunisten und Antifaschisten" werde "das verwirklicht, wonach die tschechische Öffentlichkeit ruft, daß deutsche Antifaschisten nach Deutschland gehen und dort helfen sollen, es in ein anständiges und demokratisches Volk umzuwandeln". "Mit Dank" vermerkte man, daß dies "auf eigenen Antrieb" der deutschen

Kommunisten geschehe, "welche als erste ihre Pflicht erkannt haben und dadurch, daß sie freiwillig auswandern, sie erfüllen".¹¹

Die Betonung der Freiwilligkeit war für die Rechtfertigung der tschechoslowakischen Vertreibungspolitik sehr wichtig. Half sie doch verschleiern, daß es sich bei der Ausweisung der Deutschen um eine möglichst vollständige Vertreibung nach nationalen Kriterien und nicht lediglich um eine Bestrafung der "Schuldigen" am Untergang der Ersten Republik und den Verbrechen des Nationalsozialismus handelte. Weder die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei noch die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei hatten ein Interesse daran, ihre deutschen Genossen bei dem Bemühen um einen Verbleib im Lande zu unterstützen, denn keine Partei wollte sich angesichts der nationalistischen Eruption der Nachkriegszeit dem Vorwurf übertriebener Deutschfreundlichkeit aussetzen.¹²

Wenn sich auch die Antifa-Aussiedlung von ihrer Organisation und den Bedingungen her deutlich von der Zwangsaussiedlung Hunderttausender übriger Sudetendeutscher unterschied – ganz zu schweigen von den "wilden" Vertreibungen vor allem vor der Potsdamer Konferenz –, so kann doch von einer freiwilligen Entscheidung kaum gesprochen werden. Vielmehr war es die Erfahrung der Diskriminierung, die den deutschen Antifaschisten vor Augen führte, daß es für sie in der Nachkriegs-Tschechoslowakei keine Zukunft gab.

Obwohl also für die meisten Genossen die Antifa-Aktion lediglich bessere Bedingungen für die ohnehin unvermeidliche Aussiedlung bot, ¹³ machten sich dennoch viele das Argument der freiwilligen Ausreise zwecks politischer Arbeit in Deutschland zu eigen: So betonten sie etwa in Briefen an die deutschen Parteistellen: "Wir Antifaschisten sind damals aufgefordert worden, freiwillig auszuwandern, um am demokratischen Aufbau in Deutschland teilzunehmen, vielmehr die Stoßtrupps zu bilden."¹⁴

Auch Jan Foitzik ging in seinem 1983 erschienenen Beitrag über die Antifa-Umsiedlung von einem – wenn auch nicht freiwilligen – "Kadertransfer" aus. Von den sudetendeutschen Kommunisten habe sich die KPD eine wertvolle Verstärkung ihrer

- Vgl. Abschrift eines Artikels aus der Zeitung "Rudé právo" v. 20. 11. 1945 unter dem Titel "Freiwilliger Abmarsch der deutschen Antifaschisten", SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/226 (unpag.).
- Für die kommunistische Partei bot die völlige Umwälzung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse in den Grenzgebieten die Möglichkeit, aus den Profiteuren der Vertreibung eine neue Klientel zu gewinnen.
- Vgl. Manfred Wille, Die "freiwillige Ausreise" sudetendeutscher Antifaschisten in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen, in: ders. (Hrsg.), Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, Magdeburg 1993, S. 28–61, hier S. 54.
- Brief eines Reinhold J. aus Greiz an den DVP-Inspekteur Herbert Hentschke v. 28. 4. 1948, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/226 (unpag.).

Kader und eine Erhöhung ihrer Mitgliederzahl im Hinblick auf die geplante Vereinigung mit der SPD erhofft. Durch den Transfer seien der SED mindestens 20 000 ideologisch und politisch bereits überprüfte Kommunisten zur Verfügung gestellt worden, die ein "Faktor besonderer Relevanz" für die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typs gewesen seien. ¹⁵ Das würde die Vermutung nahelegen, die Antifa-Umsiedler wären nicht nur gegenüber den übrigen Sudetendeutschen wegen ihrer Ausreisebedingungen privilegiert gewesen, sondern hätten auch deswegen bessere Integrationsvoraussetzungen gehabt, weil sie innerhalb der neuen Machtstrukturen auf der "richtigen" Seite standen. Ob diese Vermutung zutrifft, wird im Folgenden zu zeigen sein.

II. Die Antifa-Umsiedler als Fremde

Die Aufnahme von Millionen Vertriebenen bildete den Anfang der Einwanderungsund Integrationsgeschichte Nachkriegsdeutschlands, und besonders die jüngere Forschung plädiert dafür, den "lange isoliert betrachteten Zwangswanderungs- und
Integrationsprozeß" nunmehr in "umfassenderen, den nationalen Rahmen überschreitenden Zusammenhängen von Migration und Integration zu sehen". ¹⁶ Eine Voraussetzung für diesen Perspektivenwechsel war die Entlarvung der westdeutschen
Erfolgsgeschichte von der raschen Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen als
"Mythos" durch Paul Lüttinger in den achtziger Jahren. Dies macht die Sicht frei auf
eine Betrachtung der Vertriebenen als "Fremde". ¹⁷

Die Deutschen aus dem Osten kamen als Fremde zu den Einheimischen. Sie sprachen zwar die gleiche Sprache, aber doch eine ganz andere. Sie waren gewohnt, andere Speisen zu essen, andere Kleidung zu tragen, hatten andere Rituale und häufig auch eine andere Konfession. Sie hatten von ganz anderen Dingen Kenntnis als die Einheimischen, aber ihr Wissen besaß keine Relevanz in der neuen Umwelt. Ganz besonders ungünstig für ihre Integration aber war, daß sie unfreiwillig kamen und in der Regel

- Auch Foitzik hebt allerdings hervor, daß der Transfer der deutschen Antifaschisten nicht freiwillig gewesen sei. Vgl. Jan Foitzik, Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 31 (1983), H. 2, S. 308-334, hier S. 308 und 319 f.
- 16 Vgl. Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 9–25, hier 10.
- 17 Vgl. Paul Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft (ZfS) 15 (1986), H. 1, S. 20-36; vgl. dazu etwa auch Klaus J. Bade, Einführung: Das Eigene und das Fremde Grenzerfahrungen in Geschichte und Gegenwart, in: ders. (Hrsg.), Deutsche im Ausland Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, S. 15-25, hier S. 15 ff.

mit leeren Händen. In den Augen der Einheimischen waren sie "Habenichtse", "Zigeuner", "Gesindel".

Auch die sudetendeutschen Antifa-Umsiedler kamen als Fremde. Aber sie kamen nicht als Habenichtse. Zwar hatten auch sie nicht freiwillig ihre Heimat verlassen, doch die Erfahrung der totalen Entrechtung und Demütigung, die viele ihrer Landsleute machen mußten, blieb ihnen weitgehend erspart. Daß einige von ihnen die These von der "freiwilligen Ausreise" übernahmen, half ihnen, den Opferstatus zu negieren, ihre Würde zu bewahren und den Einheimischen mit größerem Selbstbewußtsein gegenüberzutreten. Zu fragen ist, ob sich dies auf ihre Integration positiv auswirkte.

Integration ist ein Begriff, mit dem viele verschiedene Bedeutungen verbunden werden. Im Deutschen dient er oft als Oberbegriff für Eingliederungsprozesse von Individuen oder Gruppen in eine Gesellschaft über einen Prozeß der Zuweisung von Positionen und Funktionen im sozialen System, etwa durch Assimilierung, Akkulturation oder Interkulturation. Einig ist sich die Forschung darüber, daß Integration einen langfristigen, über mehrere Generationen reichenden Prozeß darstellt, dessen subjektive Seite keineswegs immer dem objektiv erreichten gesellschaftlichen Status entspricht.¹⁸

Was aber, wenn die gesamte Aufnahmegesellschaft sich selbst in einem Prozeß befindet, in dem die Positionen und Funktionen im sozialen System völlig neu verteilt und zugewiesen werden? Dies eben war die Situation in der Sowjetischen Besatzungszone, wo sich Vertriebene und Einheimische "über die allgemeine Umstellung hinaus in extremer Weise politisch und gesellschaftlich neu orientieren mußten: an den sozialistischen Zielen und Normen, an der Freundschaft mit der UdSSR, vor der man gerade noch geflohen war, an den antifaschistischen Werten und deren Repräsentanten".¹⁹

Die Integration der geflohenen, vertriebenen und umgesiedelten Deutschen aus dem Osten hatte in der SBZ also zwei Dimensionen:

Einerseits ging es um die Integration von Zuwanderern in eine Aufnahmegesellschaft, wobei diese Gegenüberstellung nicht unproblematisch ist, da sie leicht den Eindruck von Statik und Homogenität auf beiden Seiten erweckt, die jedoch so nicht existierten. Auf der anderen Seite ist damit aber zutreffend die Konstruktion des

- Vgl. Marita Krauss, Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hrsg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997, S. 11-25, hier S. 13 ff.; Michael Schwartz, Vom "Flüchtling" zum Neubürger. Vertriebenenintegration als gesellschaftspolitisches Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaften, in: Ruth Hennig (Red.), Grenze und Grenzbewohner. Nachbarn und Fremde. Alte Heimat Neue Heimat. Abschied und Ankunft, Dokumentation, hrsg. von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Guben 1994, S. 26-39, hier S. 28. (= Transodra; 10/11)
- 19 Alexander von Plato/Wolfgang Meinicke, Alte Heimat neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 260.

"Wir" gegenüber dem "Ihr" beschrieben, die Zugewanderte wie Einheimische vornahmen, um sich ihrer Identität zu versichern und die Unsicherheit, die durch die Begegnung mit dem Fremden hervorgerufen wurde, zu verringern.²⁰ Zum Prozeß der Integration gehört immer auch die Auflösung dieser Grenzziehung.

Die zweite Dimension von Integration verweist auf die besondere historische Situation, mit der wir es bei der Aufnahme der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone zu tun haben. Die "antifaschistisch-demokratische Umwälzung" bedeutete den ersten Akt des Aufbaus einer Diktatur mit totalem Anspruch. Das Projekt eines Umbaus der Gesellschaft nach marxistisch-leninistischem Bauplan zielte auf fortschreitende Entdifferenzierung, an deren Ende die Schaffung einer Identität von Bevölkerung und Staat, eine gesellschaftliche Homogenisierung stehen sollte,²¹ die ebenfalls eine Form der Integration darstellt.

Im Verlauf dieser Integration, welche die ganze Gesellschaft erfassen sollte, mußten die Heimatvertriebenen als gesellschaftliche Gruppe verschwinden, zumal ihre reine Präsenz stets einen Störfaktor in den Beziehungen zur 'Brudermacht' Sowjetunion und zu den benachbarten Volksdemokratien bedeutet hätte. Dabei setzten die politisch Verantwortlichen in der SBZ/DDR auf eine Kombination materieller Hilfeleistungen mit beständiger politischer Erziehungsarbeit und zunehmender Kriminalisierung jeder Art von Heimatbewußtsein. Folgerichtig wurden ab 1948 die Umsiedlersonderverwaltungen sukzessive aufgelöst und bald darauf die Vertriebenen pauschal für integriert erklärt. Landsmannschaften oder andere Interessenorganisationen der Vertriebenen waren in der DDR verboten. Anderssein war nicht erwünscht. Die DDR-Führung suchte, wie es nach Wierlacher zu den Kennzeichen totalitärer Regime und Diktaturen gehört, den Einfluß Fremder möglichst zu unterbinden und Fremdes zu exkludieren, um den kulturellen Wandel unter Kontrolle zu halten und die Komposition neuer, ungewollter Identität zu verhindern.²²

Sie schuf sich damit unter den Vertriebenen keine Freunde, und so ist die Versuchung groß, diese als Opfer der SED-Politik zu sehen, die auf ihre erzwungene Assimilierung nur mit Flucht, Widerstand oder Resignation zu reagieren wußten. In dieses

- Vgl. Marita Krauss, Das "Wir" und das "Ihr". Ausgrenzung, Abgrenzung, Identitätsstiftung bei Einheimischen und Flüchtlingen nach 1945, in: Hoffmann u. a. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland, S. 27–39; Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenz, in: Uli Bielefeld (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg 1992, S. 23–49, hier S. 27.
- In dieser Zielformulierung, wenn auch nicht im Ergebnis, sind sich Sigrid Meuschel und Ralf Jessen einig. Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992; Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 21 (1995), S. 96–110.
- Vgl. Alois Wierlacher, Kulturwissenschaftliche Xenologie. Ausgangslage, Leitbegriffe und Problemfelder, in: ders. (Hrsg.), Kulturthema Fremdheit. Leitbegriffe und Problemfelder kulturwissenschaftlicher Fremdheitsforschung, München 1993, S. 19–112, hier S. 97.

Schema nun wollen die Antifa-Umsiedler nicht recht passen. Bei ihnen kann nicht nur Linientreue vorausgesetzt werden – waren sie doch gerade anhand dieses Kriteriums für die Teilnahme an den Transporten ausgesucht worden; darüber hinaus sollten sie auch noch selbst eine Rolle im sozialistischen Aufbau spielen. Gehören die Antifa-Umsiedler also als importierte antifaschistische Elite auf die Seite der Herrschenden? Hatten sie aufgrund dieser Zugehörigkeit auf dem knappen Markt der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angebote nicht nur gegenüber den übrigen Neuankömmlingen, sondern auch gegenüber den Einheimischen mehr Anrechte, so daß die Integration der Antifa-Umsiedler die in der allgemeinen Vertriebenenintegrationsforschung beobachteten Unterschichtungsprozesse auf den Kopf stellen würde?²³ Es läßt sich bereits ahnen, daß die Antifa-Umsiedler innerhalb der beiden angeführten Integrationsdimensionen quer zu den zu erwartenden Konfliktlinien standen.

III. Kadertransfer?

Schon das Zustandekommen der "Shukow-Aktion" spricht gegen einen langfristig geplanten Kadertransfer in größerem Umfang.²⁴ Ein Blick auf die Motive und Absichten aller am Antifa-Transfer Beteiligten bestätigt dies.

Lediglich für die sudetendeutschen Genossen in den Antifa-Komitees der ČSR und im ZK der KPTsch in Prag war der Transfer – zumindest argumentativ – in erster Linie eine "politische Frage", ebenso wie für die Sozialdemokraten, die im Herbst mit der ZVU und den Sowjets über die Aufnahme ehemaliger DSAP-Mitglieder verhandelten. So betonte etwa die Antifa-Informationskanzlei Reichenberg in einem Rundschreiben vom Sommer 1946 gegenüber den Genossen des Bezirks: "Die [...] Antifaschisten sollen in Deutschland zwei sehr wichtige Aufgaben erfüllen: Sie sollen die schwachen Kader der dortigen Arbeiterbewegung und den Kampf um den Sieg der Demokratie in

- Zu der Begrifflichkeit siehe Ralf Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart 1992, S. 22-31. Vgl. auch Michael Grottendieck, Zwischen Integration und Abstoßung. Probleme der Eingliederung von Vertriebenen im münsterländischen Greven sowie von "antifaschistischen Umsiedlern" im mecklenburgischen Ludwigslust im Vergleich, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 247-271, hier S. 248 f.
- Hrabovec vermutet, daß in einem bereits im Jahre 1943 beim ZK der KPdSU eingerichteten und von Rudolf Slánsky geleiteten Studienbüro derartige kaderpolitische Verschiebungen erörtert worden seien. Vgl. Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S. 389. Doch ist die "Shukow-Aktion" Resultat der Ereignisse in der Tschechoslowakei nach Kriegsende. Mag es auch Vereinbarungen über einen Kaderaustausch in einzelnen Fällen bereits in Moskau gegeben haben, so haben offensichtlich keine Pläne zur Überführung von Zehntausenden Antifaschisten nach Deutschland existiert. Ausführlich wird das Zustandekommen der "Shukow-Aktion" in meiner Dissertation zum Thema behandelt.

Deutschland verstärken, und sie sollen vor allem an der Herstellung von freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen zwischen dem neuen Deutschland und der CSR arbeiten."²⁵

Die Sowjetische Militäradministration hingegen interessierte sich für den kaderpolitischen Wert der sudetendeutschen Genossen nur ganz am Rande. Ihr lag vielmehr an Arbeitskräften für die Produktion und die Sicherstellung der Reparationszahlungen. Besonders deutlich wurde dies, als im Dezember 1945 der Leiter der Umsiedlerabteilung bei der SMA Sachsen, Oberstleutnant Wolodin, den Befehl erteilte, daß mit den Antifa-Transporten in Zukunft nur noch Spezialisten bestimmter Berufszweige überführt werden dürften. ²⁶ Die Antifa-Transporte waren deswegen von besonderem Interesse, weil es den Transportteilnehmern möglich war, auch ihre Werkzeuge mitzunehmen. Obwohl dieser Befehl nach Protesten seitens der Organisatoren der Umsiedlung in Prag wieder rückgängig gemacht wurde, ²⁷ unternahmen die Sowjets durchaus weitere Versuche, die Antifa-Transporte unter der Hand als Vehikel für die Überführung von Fachkräften zu nutzen. ²⁸

Auf seiten der KPD beschränkte sich das politische Interesse zunächst lediglich auf eine begrenzte Anzahl von erfahrenen Funktionären. So beschieden die Genossen der sächsischen Bezirksleitung Ende August 1945 Bruno Köhler im ZK der KPTsch, daß die Zahl der Genossen, die man aufnehmen wolle, "verhältnismäßig beschränkt

- 25 Rundschreiben der Reichenberger Antifa-Informationskanzlei an die Genossen des Bezirks, [o. D.] [Sommer 1946], LA Merseburg SED-BPA Halle Sammlungsgut V/6/33/6, Bl. 53. Ähnlich argumentierte auch der Sozialdemokrat Josef Zinner in einer Unterredung mit Vertretern der ZVU am 13. 11. 1945: "Die Genossen der KPD und SPD aus der Tschechoslowakei sind daher der Ansicht, daß es angezeigt ist, daß auch erprobte Antifaschisten [...] nach Deutschland umsiedeln und hier an richtiger Stelle eingesetzt werden, um als tschechenfreundliche Menschen dazu beizutragen, die Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland zu fördern. Es ist richtig, dafür zu sorgen, daß die aktiven Antifaschisten, wenn die große Umsiedlungsaktion kommt, nicht in diesem Strom untergehen, sondern wir wollen, daß diese Leute herausgenommen und separat behandelt werden. Dies dürfte auch für das politische Element in Deutschland zweckmäßig sein und auch mit Rücksicht auf die 2 1/2 Millionen, die aus der Tschechoslowakei umzusiedeln sind. Diese Antifaschisten sind in Schlüsselstellungen unterzubringen, denn meiner Ansicht nach ist das politische Problem wichtiger als das ökonomische, weil es sich darauf auswirkt." BArch, DO1-10 Nr. 52, Bl. 17.
- Vgl. Manfred Wille, Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente, Magdeburg 1993, S. 53.
- Vgl. Schreiben der im ZK der KPTsch für die Umsiedlungsaktion verantwortlichen Genossen Bruno Köhler und Josef Gall an Oberst Issakow, Chef der Umsiedlerabteilung der SMAD, v. 28. 12. 1945, BArch, DO1-10 Nr. 52, Bl. 38 f.
- Vgl. Schreiben der ZVU an Oberst Issakow v. 20. 2. 1946, BArch, DO1-10 Nr. 52, Bl. 82; Schreiben der ZVU an Genossen Georgi Grigorewitsch Alexandrow, Chef der Industrie-Verwaltung der SMAD, v. 13. 3. 1946, ebenda, Bl. 85; Schreiben der ZVU an den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie (ZVI), Jakob Boulanger, v. 3. 5. 1946, ebenda, Bl. 105; Aufruf an die deutschen Eisenbahner in der ČSR, [o. D.] [April/Mai 1946], ebenda, Bl. 125.

sein darf und wir nur solche Genossen in die einzelnen Orte einbauen können, die besser sind, als die bisher dort vorhandenen".²⁹ Auch die zentrale Vereinbarung zwischen dem ZK der KPTsch und der KPD im September 1945 über den Antifa-Transfer sah keineswegs für alle politische Posten vor: "[...] Die Evakuierten sind zur Arbeit einzusetzen entsprechend ihren Qualifikationen: Leitende Funktionäre im Selbstverwaltungsapparat; Bauern ist Land zuzuteilen; Andere Arbeiter sind in Betrieben einzusetzen, aber stets unter den gleichen Bedingungen wie sie für die einheimische Bevölkerung bestehen. [...] Die vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslovakei legitimierten Mitglieder werden in die Kommunistische Partei Deutschlands überführt, unter Anrechnung ihres Parteialters."³⁰

Die leitenden Funktionäre, an denen die KPD Interesse hatte, wurden sorgfältig aus den Antifa-Transporten herausgepickt und ins sächsische Bad Schandau überführt, wo sie im Hotel "Gambrinus" darauf warteten, daß die Kaderabteilung des ZK über ihren weiteren Einsatz bestimmte.³¹ Dabei handelte es sich um Genossen, die bereits in der Tschechoslowakei verantwortliche Parteiposten bekleidet hatten, ebenso um eine Reihe von Remigranten aus England. Die übrige "Masse der Genossen" sollte von den Bezirks- und Kreisleitungen, den Orts- und Betriebsorganisationen noch einmal durchsiebt werden. Auf gar keinen Fall aber durfte ein politischer Einsatz ohne genaue Prüfung jedes einzelnen Genossen durch das ZK vorgenommen werden.³² Für die meisten Antifa-Umsiedler war die Eingliederung in den Arbeitsmarkt vorrangig vorgesehen, und dafür waren die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler und die ihr nachgeordneten Behörden in den Ländern und Provinzen zuständig.³³ Die KPD ging offenbar davon aus, daß sie durch geschickte Verteilung in

- Schreiben der KPD-Bezirksleitung Sachsen an Bruno Köhler beim ZK der KPTsch in Prag v. 25.
 8. 1945, SHStA, SED-BPA Dresden I/A/o25 (unpag.).
- 30 Ebenda.
- Vgl. Schreiben der KPD-Bezirksleitung Sachsen an das ZK der KPD v. 10. 2. 1946, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/191 (unpag.). In der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 13. 9. 1945 wurde Ulbricht damit beauftragt, den Abtransport von Bruno Köhler und anderen deutschen Mitarbeitern des Zentralapparates der KPTsch zu organisieren. Diese sollten also gesondert überführt werden. Vgl. Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46. Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, München [u. a.] 1993, S. 83.
- 32 Vgl. Schreiben des ZVU-Mitarbeiters Kurt Benda an das ZK der KPD v. 11. 1. 1946, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/226 (unpag.).
- Als etwa der ZVU-Mitarbeiter Anton Fischbach im August 1946 das Antifa-Quarantänelager Pirna besuchte, konnte er unter den dort befindlichen 140 Familien, darunter 32 Emigranten-Familien aus England und 16 aus Schweden, lediglich 19 politisch so qualifizierte Genossen ausmachen, daß sie für politische Arbeit in der Partei, Gewerkschaft, Presse, Genossenschaft und Frauenarbeit eingesetzt werden konnten. Für die restlichen Familien sah Fischbach berufliche Unterbringung und politische Arbeit am Wohnort vor. Vgl. Bericht des ZVU-Mitarbeiters Anton Fischbach über die Dienstreise nach Sachsen, Thüringen und in die Provinz Sachsen vom 13. 8. bis 17. 8. 1946, verfaßt am 21. 8. 1946, BArch, DO1-10 Nr. 41, Bl. 68.

der gesamten Zone gewissermaßen von allein eine politische "Hefe" in den örtlichen Partei-, Gewerkschafts- oder FDJ-Organisationen bilden würden. Durch den Einsatz von Beauftragten und Verbindungsmännern zwischen Umsiedlerämtern und Parteileitungen wurde zwar ein Netzwerk für die Aufnahme und Eingliederung der sudetendeutschen Genossen geschaffen. Doch trotz zahlreicher Mahnungen, den "guten antifaschistischen Genossen" genügend Aufmerksamkeit zu widmen, existierte für sie kein geschlossenes Integrationskonzept.

IV. Erste Integrationserfahrungen

Entgegen der Annahme des ZVU-Mitarbeiters Erich Lange, "daß jedes Land froh sein wird, soviel wie möglich antifaschistische Kräfte zu erhalten",³⁴ mußten selbst die Genossen, die für einen politischen Einsatz vorgesehen waren, häufig die gegenteilige Erfahrung machen. So hatte sich etwa der erfahrene Landwirtschaftsfunktionär Emil D. über die Behandlung durch die thüringische Landesleitung der KPD bitter zu beklagen. D. war mit seiner Frau Heiligabend 1945 in Bad Schandau eingetroffen. Die Bezirksleitung in Dresden überwies ihn Anfang Januar nach Weimar, wo sich herausstellte, daß für seine Überweisung keine Genehmigung des ZK vorlag. Um ein Haar wäre der Genosse von der Partei wieder nach Dresden zurückgeschickt worden, was nur durch Vorsprache des ZVU-Mitarbeiters Kurt Benda, selbst sudetendeutscher Antifaschist, verhindert werden konnte. Schließlich sollte D. eine Stelle als Sachbearbeiter für Landarbeiterfragen im Kreiswirtschaftsamt Eisenach erhalten. Bis zu seiner Abreise brachte man ihn im Hotel der KPD "Germania" unter.

"Trotz Ersuchens um billigere Unterkunft, da wir über keine Geldmittel verfügen, wurden wir dort belassen. Während unseres dreiwöchigen Aufenthaltes waren die Genossen der BL unnahbar und unsolidarisch, es hat keiner der Mühe wert befunden, auch nur ein Wort mit uns zu wechseln. [...] Vor unserer Abreise nach Eisenach am 25. 1. verpflichtete mich Gen. F [...] durch Unterschrift zur Rückzahlung der Hotelkosten im Betrage von RM 285.– [...]. Um überhaupt nach Eisenach zu kommen, mußte ich meine letzten 60 Zigaretten verkaufen."35

Auch die kleinen Funktionäre oder einfachen Parteimitglieder, die sich Hoffnungen auf einen politischen Einsatz gemacht hatten, waren durch das Desinteresse der Partei sehr enttäuscht und forderten ihren politischen Einsatz ein. Der thüringische Mitarbeiter der Kaderabteilung, Willi Gaida, berichtete dem Zentralvorstand der SED, viele Genossen beschwerten sich, "warum man sie denn nicht politisch einsetzt, so

- Vgl. Protokoll der Konferenz der ZVU mit den Ämtern der ZVU in den Ländern und Provinzen unter Hinzuziehung der Ärzte und Vertreter der Reichseisenbahndirektion am 2. 11. 1946, BArch, DO1-10 Nr. 29, Bl. 231.
- Vgl. Abschrift eines am 31. 3. 1946 von Emil D. verfaßten Berichts, BArch, DOI-10 Nr. 52, Bl. 77.

wie man es ihnen in der C. S. R. versprochen hat". Es koste sehr viel Mühe, "diese Genossen zu überzeugen, wie das gemeint ist, denn sie verstehen unter Einsatz immer eine Anstellung, nicht aber die erforderliche politische Tätigkeit in der Orts- oder Betriebsgruppe sowie im FDGB".³⁶

Das Problem war aber nicht nur die Vernachlässigung durch die höheren Organe der Partei. In den lokalen Parteiorganisationen stießen die Neuankömmlinge auf ein Flechtwerk aus persönlichen Bindungen, das sie nicht zu durchdringen vermochten und wo der Gegensatz Faschist – Antifaschist gegenüber Verwandtschaftsgraden eine nachrangige Bedeutung hatte. Die Vermutung eines sudetendeutschen Genossen, "so manches Nest könnte ausgehoben, so manchem Schwarzhändler das Handwerk gelegt sein, wenn man die Gen. aus unseren Gebieten sofort mit zugezogen hätte",³⁷ war zum Teil sicher zutreffend; doch waren es zum anderen eben auch diese "Nester", die in der Trümmer- und Umbruchgesellschaft das Überleben sicherten und dadurch die Beharrungskraft lokaler Milieus stärkten.

So zogen die Antifa-Umsiedler Anfang 1947 auf einer Versammlung in Leipzig die Bilanz, daß "ihrer Situation als deutsche Antifaschisten sowohl von den Behörden wie von den Organen der SED wenig Verständnis entgegengebracht" werde. Sie hatten allenthalben den Eindruck gewonnen, "daß man namentlich ihrer politischen Mitarbeit mißtrauisch gegenüber steht und es ist qualifizierten Funktionären kaum möglich, führende Funktionen in der Partei zu erhalten, die zumeist von weniger qualifizierten Personen besetzt sind".38

Ähnliche Schwierigkeiten hatte es selbst da gegeben, wo der politische Nutzen gerade der Antifa-Umsiedler außer Frage zu stehen schien: im Vorfeld der Wahlen im Herbst 1946. Die SED hatte allen Grund, sich vor dem Votum der Vertriebenen zu fürchten: Sie war in den Augen der meisten Vertriebenen die "Russenpartei", der sie keine Sympathien entgegenbrachten. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien trat sie nicht eindeutig für die Rückkehr in die alte Heimat und für eine Revision der Grenzen ein. Zudem hatte sich die SED konzeptionell in der Frage der Integration noch nicht eben hervorgetan. Diese gefährliche Situation war der SED-Spitze im Prinzip bereits früh klar.³⁹ In der Annahme, daß es am erfolgversprechendsten sei, die Umsiedler selbst zu den Umsiedlern sprechen zu lassen, "weil sie diese am besten in

³⁶ Schreiben des Mitarbeiters des Landesvorstands der SED Thüringen, Wilhelm Gaida, an den Mitarbeiter der Kaderabteilung des Zentralvorstands der SED, Wilhelm Wöhl, v. 25. 7. 1946, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/226 (unpag.).

Brief eines Reinhold L. aus Bad Süderode an das ZS der SED v. 5. 5. 1946, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/226 (unpag.).

Bericht des ZVU-Mitarbeiters Georg Chwalczyk über die Dienstreise nach Sachsen vom 17. 2. bis 23. 2. 1947, verfaßt am 25. 2. 1947, BArch, DO1-10 Nr. 41, Bl. 160.

Vgl. etwa die Warnungen Wilhelm Piecks auf der Umsiedlerkonferenz am 14. 6. 1946 in Berlin, vgl. Protokoll der Umsiedlerkonferenz der SED am 14. 6. 1946, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01/7, Bl. 14 f.

ihrer Sprache ansprechen können", forderten die Parteileitungen besonders den Einsatz der Antifa-Umsiedler.⁴⁰ Doch den Worten folgten nur zögernd Taten. Noch Ende August vermerkte der Antifa-Sachbearbeiter der ZVU, Anton Fischbach, daß zwar auf vielen Umsiedlerversammlungen der SED "Genossen Neubürger" als Referenten auftraten, jedoch "der Aufstellung von Umsiedlern als Kandidaten an aussichtsreicher Stelle nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden" sei.⁴¹ Es ist bezeichnend, daß ein Mitarbeiter der Umsiedlerverwaltung die Partei auf diesen Umstand aufmerksam machte, und gleichzeitig symptomatisch für die Vogel-Strauß-Politik der SED gegenüber den Vertriebenen vor den Wahlen. Wie anders wäre es zu erklären, daß der sächsische SED-Vorsitzende Wilhelm Koenen auf einer Sekretariatssitzung Mitte September mahnte: "Bei den Sudetendeutschen gibt es sehr viele Antifaschisten, die unsere Ansichten verstehen und vertreten. Wir müssen uns mit ihnen beschäftigen, denn sie laufen unberücksichtigt herum und fühlen sich vernachlässigt. Man muß die Besten, die unserer Meinung sind, heraussuchen, ihnen Material geben und sich mit ihnen beschäftigen, damit sie dann in unserem Sinne Arbeit leisten."⁴²

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Gemeindewahlen bereits stattgefunden und bis zu den Kreis- und Landtagswahlen waren es keine vier Wochen mehr! Doch abgesehen davon, daß auf den Dörfern die "alteingesessenen Genossen" keine "Fremden auf der Liste" haben wollten,⁴³ war auch die Annahme, daß die Antifa-Umsiedler bei den Vertriebenen Boden für die SED gutmachen könnten, völlig verfehlt. Es waren nicht nur ihre Privilegien und die unbequemen Wahrheiten, die sie ihnen über die Endgültigkeit des Heimatverlustes zu sagen hatten und der belehrende Ton, mit dem sie auf die eigene Mitschuld hingewiesen wurden. Hinzu kamen die zahlreichen Listen, auf denen Antifa-Umsiedler die ehemaligen Parteimitglieder und lokalen NS-Größen verzeichnet hatten, um in Deutschland zu deren Enttarnung beizutragen. Diese Umstände trugen den Antifaschisten besonders den Haß derjenigen ein, die sich mit dem Schicksal der Vertreibung und den neuen politischen Verhältnissen gar nicht abfinden konnten.⁴⁴ So stellten Vertreter der Umsiedlerbehörden auf illegalen Ver-

⁴⁰ So etwa ein Informationsblatt des SED-Landesvorstands Sachsen vom 16. 9. 1946 an die Bezirks- und Kreisvorstände der Partei über "Unsere Werbe- und Massenarbeit zu den Kreistagsund Landtagswahlen", SHStA, SED-BPA Dresden A/778, Bl. 215.

Vgl. Bericht des ZVU-Mitarbeiters Anton Fischbach über die Dienstreise nach Sachsen, Thüringen und die Provinz Sachsen vom 13. 8. bis 17. 8. 1946, verfaßt am 21. 8. 1946, BArch, DOI-10 Nr. 41, Bl. 69.

Protokoll der Sitzung des Sekretariats der sächsischen Landesleitung der SED am 17. 9. 1946, SHStA, SED-BPA Dresden A/778, Bl. 206.

Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der SED Sachsen am 22. 7. 1946, SHStA, SED-BPA Dresden A/754, Bl. 384.

Vgl. etwa Bericht des SED-Kreisvorstandes Freiberg über eine Vortragsveranstaltung mit dem Thema "Was geht in Polen vor?" am 9. 7. 1948, verfaßt am 10. 7. 1948, SAPMO-BArch, NY 4074/146, Bl. 64.

sammlungen der Heimatvertriebenen noch im Jahre 1948 fest: "Eine besondere Hetze wird gegen die Antifa-Umsiedler entfaltet. Man sagt, ehe wir nach Hause gehen, hängen wir erst unsere Antifaschisten auf."⁴⁵

Die Aufnahme der Antifa-Umsiedler durch die Einheimischen barg gleich ein zweifaches Konfliktpotential: Dies war zum einen der Kulturschock,⁴⁶ den nicht nur die Flüchtlinge in der ersten Phase nach der Ankunft in der neuen Heimat erleben mußten, sondern ebenso die Einheimischen. Mit der Ankunft unzähliger Fremder in bisher – trotz der Einwirkungen des Krieges – vielfach noch geschlossenen Sozialverbänden veränderte sich deren Struktur. Die Maßstäbe ihres Handelns wurden durch die Neuankömmlinge grundsätzlich in Frage gestellt. Die existentielle Fremdheitserfahrung, die plötzlich beide Seiten in ihrem "Denken-wie-üblich" (Alfred Schütz) erschütterte, rief notwendigerweise Abwehr hervor.

Hinzu kam im Falle der Antifaschisten das politische Moment. Die nach dem Kriege verbreitete Selbstzuschreibung der Opferrolle hinderte die Deutschen daran, sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gründlich auseinanderzusetzen, und bedingte die von Alexander und Margarete Mitscherlich beschriebene "Unfähigkeit zu trauern". Die Ankunft der sich als Lehrmeister des deutschen Volkes gebärdenden Fremden, die alles schon von vornherein besser gewußt hatten und als Verbündete der SED und der ungeliebten und gefürchteten Besatzungsmacht erschienen, mußte Abwehr hervorrufen. So erinnern sich Zeitzeuginnen aus Gablonz, die nach dem Krieg in das brandenburgische Dorf Zinna eingewiesen wurden, lebhaft an die Ablehnung, die ihnen im benachbarten Städtchen Jüterbog entgegenschlug, als sie ihre erste Maidemonstration in der Tradition der nordböhmischen Arbeiterbewegung begingen:

"Staffen: [...] Na ja, und dann war das eben, wie soll ich Ihnen sagen, wann wir zum ersten Mal marschiert sind, da denk' ich noch dran. Wir waren gewöhnt zu Hause, am 1. Mai mit roten Kopftüchern ausrücken, die Frauen alle rote Kopftücher. Jetzt, natürlich, haben wir ja wollen die Tradition aufrecht erhalten. Der 1. Mai, da wurden wir ja nach Luckenwalde gefahren. Da sind wir durch Kloster, ⁴⁷ gesungen und alle rote Kopftücher, und war'n Hurra. Da mußten wir sie wieder alle abnehmen, durften wir die roten Kopftücher nicht tragen. (lacht) Ja, das war ja dann schon die Einheit, ⁴⁸ die später dann auch schon war.

Interviewerin: Warum nicht? Wer hat sie denn dazu aufgefordert die Kopftücher abzunehmen?

- ZVU-Bericht über eine Dienstreise nach Thüringen und Magdeburg vom 6.-9. 7. 48, BArch, DOI-10 Nr. 43, Bl. 276.
- Vgl. dazu Ulrich Tolksdorf, Phasen der kulturellen Integration bei Flüchtlingen und Aussiedlern, in: Klaus J. Bade (Hrsg.), Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990, S. 106–127, hier S. 110 ff.
- 47 Gemeint ist der Ort Kloster Zinna zwischen Luckenwalde und Jüterbog.
- 48 Die Vereinigung von KPD und SPD war am 22. April 1946 vollzogen worden.

Staffen: Ja, da waren ja Ordner und alles, ja. Und das sollte ja dann mit den Sozialdemokraten schon zusammen, ja. Ich weiß noch, wie wir durch Kloster gesungen haben und gejohlt haben. Die waren ganz erschrocken die Leute, was da los ist. Wir hatten da solch einen Kampfgeist bei uns. Ja, das war was. [...]

Vogel: Das kannten die ja hier nicht. Da war dann ein bißchen so ein Gegeneinander. Staffen: Da waren die aufgeschreckt, denn die warn ja alle sehr national von Hitler eingestellt, und darum hieß es ja immer, wir sind das ,rote Dorf'. Hieß es immer. Und zur Fuffzig-Jahr-Feier hat dort ja noch einer [...] Kam ja das Fernsehen und da hat einer gequatscht da hinten und [...] Gott, ich mein', er hat die Wahrheit gesagt."49

Noch zur Fünfzig-Jahr-Feier der Umsiedlung im Jahre 1996 hatte ein Festredner aus Jüterbog den Begriff vom "roten Dorf" verwendet und damit einige der Anwesenden einigermaßen irritiert.

Die oben beschriebene Szene vom Maiumzug mußte für die Einheimischen als das erscheinen, was sie – neben guter alter Tradition – auch war: Zeichen eines politisch-kulturellen Führungsanspruchs der Fremden. Ihre Ansprüche, die sie selbstbewußt vortrugen, vergrößerten die Abwehr der Einheimischen, wie der Brief eines Transportteilnehmers an die ZVU vom Sommer 1946 dokumentiert:

"Überall sitzen die Nazis in den führenden Stellen und schlagen mit den Händen, wenn wir erklärten, daß wir Antifaschisten sind [...] Z. B. war ich heute am Arbeitsamt [...], dort wurde ich in eine Ziegelei angewiesen, was ich jedoch rundweg abgelehnt habe. Das würde den Herren so passen, organisatorische Kräfte hinter die Nazis in den Dreck und Lehm stecken und der Aufbau soll nach ihren Ansichten eine Nebensache sein."50

Umgekehrt klagte das provinzsächsische Amt für Arbeit und Sozialfürsorge im September 1946 über die Antifa-Umsiedler:

"Diese Menschen haben dem Vertreter des Provinzialamtes in einem Lager erklärt, daß sie nicht zum Arbeiten nach hier gekommen sind, sondern um den politischen Aufbau Deutschlands vorzunehmen. Sie sind bei der Auswahl der ihnen zugewiesenen Arbeit sehr wählerisch und liegen oft monatelang in den Lagern, ehe sie sich zu einer Tätigkeit entschließen. Hier spielt vor allem die wohnliche Unterbringung eine große Rolle, da sie nur auf eine regelrechte Wohnung reflektieren. Auch an sich ist die Behandlung dieser Leute sehr schwierig, da sie sich als Märtyrer betrachten und in jeder Hinsicht bevorzugt behandelt werden wollen. Jeder Lagerleiter ist deshalb froh, wenn er seine Antifa-Umsiedler wieder los ist." 51

- 49 Auszug aus dem Interview mit Marie Staffen und Elsa Vogel am 14. 10. 1998 in Neuheim (Die Kassetten mit der Aufzeichnung des Gesprächs befinden sich in meinem Besitz). Die Eigennamen wurden aus Gründen des Datenschutzes verändert und durch fiktive Namen ersetzt.
- 50 Brief v. Josef F. an ZVU-Mitarbeiter Kurt Benda vom 2. 6. 1946, BArch, DOI-10 Nr. 52, Bl. 112RS.
- 51 Schreiben der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge der Provinzialverwaltung Sachsen an die ZVU vom 25. 9. 1946, BArch, DO1-10 Nr. 51, Bl. 204.

Am Ende waren es dann die wirtschaftlichen, nicht die politischen Leistungen der Neuankömmlinge, die ihnen bei den Einheimischen Akzeptanz verschafften: Der von den Antifa-Umsiedlern in Dorf Zinna gegründete Schmuckwarenbetrieb "Gablona" etwa, der schon bald zum größten Arbeitgeber in der Umgebung wurde, wirkte als enormer Integrationsfaktor.⁵²

V. "Karrieretypen"

Betrachtet man die Biographien von 50 sudetendeutschen Antifaschisten, denen der Aufstieg im Politik- und Staatsapparat der DDR gelang, so lassen sich durchaus einige bemerkenswerte Beobachtungen machen.

Die politische Sozialisation dieser Funktionäre war fast ausschließlich kommunistisch: 40 von ihnen (80 Prozent) hatten vor dem Kriege der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei angehört, weitere 5 (10 Prozent) dem Kommunistischen Jugendverband. Lediglich zwei hatten durch ihre frühere Mitgliedschaft in der Sozialistischen Arbeiterjugend einen sozialdemokratischen Hintergrund.⁵³ Mitglied der früheren DSAP war jedoch niemand gewesen.⁵⁴

Über die Hälfte der untersuchten Spitzenfunktionäre hatte sich während des Krieges in der Emigration befunden, mehr als die Hälfte davon in der Sowjetunion,55 mehr

- "Staffen: Durch den Betrieb ist ja dann der Ort ja auch sehr anerkannt worden, weil ja rundherum viele Arbeit gefunden haben. Und die haben ja ausgestrahlt überall hin [...] Gablona-Leute
 mußten hin, und wenn es auf den Acker war, Kartoffeln lesen, da mußten sie raus aus dem
 Betrieb und mußten auf den Acker und mußten ihnen helfen. Ja, das war so. Und Wochenende,
 da war immer Einsatz, da war immer Einsatz, an jedem Wochenende, auch manchmal Sonntag.
 Ja, da mußte die Straße, das mußte alles gemacht werden in Eigeninitiative. Der Badeteich, was
 haben da die Menschen für Stunden Einsatz gemacht." Auszug aus dem Interview mit Marie
 Staffen und Elsa Vogel (1998).
- Dies sind Eduard Götzl und Ernst Marterer. Diese und die folgenden biographischen Daten sind, sofern nicht anders angegeben, folgenden Handbüchern entnommen: Helmut Müller-Enbergs/Dieter Hoffmann/Jan Wieglohs (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000; Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), Die SED. Geschichte Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997; Andreas Herbst/Winfried Ranke/ Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR. Bd. 3: Lexikon der Funktionäre, Reinbek b. Hamburg 1994.
- Drei der Funktionäre waren vor dem Kriege gar nicht politisch organisiert: Oskar Fischer, Willi Sitte und Leo Haas. Sie tauchen dennoch in der Liste auf, weil sie entweder einen einschlägigen familiären Hintergrund haben oder sich während des Krieges eindeutig antifaschistisch betätigten. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11 Nr. v. 5592 (= Kaderakte Oskar Fischer), ebenda, Nr. v. 3041 (= Kaderakte Leo Haas), ebenda, Nr. v. 5485 (= Kaderakte Willi Sitte).
- Rudolf Appelt, Rudolf Dölling, Wilhelm Gaida, Josef Hegen, Robert Korb, Gustav Tschapek, Rudolf Weber, Karl Linke, Paul Odpadlik, Else Richter (geb. Hauptig), Wilhelm Richter, Victor Stern, Martin Weikert, Bruno Köhler, Josef Schütz.

als ein Drittel in England,⁵⁶ einer in den USA⁵⁷ und einer in Palästina.⁵⁸ Da schätzungsweise maximal 13 Prozent der deutschen Mitglieder der KPTsch in die Emigration gegangen sind, kann dies als Indiz dafür gelten, daß diese Funktionäre bereits vorher nicht unwichtige Posten in der Partei bekleideten. Und in der Tat hatten 23 der alten Parteiveteranen bereits in der Ersten Tschechoslowakischen Republik hauptamtlich als Sekretäre der Partei oder des Jugendverbandes ihr Geld verdient.⁵⁹ Eine Handvoll von ihnen waren Abgeordnete im tschechoslowakischen Parlament gewesen,⁶⁰ Mitglieder des ZK,⁶¹ gar des Politbüro der KPTsch,⁶² hatten Funktionen in der Komintern⁶³ bekleidet und gehörten der Moskauer Parteiführung der KPTsch an.⁶⁴

Keine kleinen Fische also, die man in der Sowjetischen Besatzungszone aufgrund ihrer großen politischen Erfahrung gut gebrauchen und sofort einsetzen konnte. Ein Drittel der untersuchten Spitzenfunktionäre war bei Kriegsende weniger als 30 Jahre alt, hatte als Kinder und Jugendliche bei den Pionieren oder im Kommunistischen Jugendverband seine erste politische Sozialisation erfahren und nutzte die Bildungsund Aufstiegschancen der jungen DDR. Haupteinsatzgebiete der sudetendeutschen Antifaschisten in der DDR waren der diplomatische Dienst, der Militär- und Sicherheitssektor und die Partei. Bis ins Zentralkomitee schafften es 8 von den 50.65

Erfahren und prominent oder aber jung und lernwillig mußte man also als sudetendeutscher Antifaschist sein, um in der DDR Karriere zu machen.

Gegenüber diesen entweder aufgrund ihres politischen Gewichts oder ihrer Jugend privilegierten Funktionären sahen sich viele der kleinen Funktionäre und Parteimitglieder um ihre Hoffnungen auf einen bedeutsamen Platz im politischen Aufbau betrogen. Die alten Genossen, die keineswegs ideologisch immer auf der Höhe der Zeit waren, ⁶⁶ gerieten gegenüber karrierebewußten Neumitgliedern der Partei ins

- Kurt Benda, Josef Borst, Max Schneider, Joseph Winternitz, Christof Kirschnek, Karl Kneschke, Hans Rothschild, Gerhard Bondi, Karl Bauerfeind.
- 57 Franz Carl Weiskopf.
- 58 Louis Fürnberg.
- Dies waren Rudolf Appelt, Kurt Benda, Rudolf Dölling, Wilhelm Gaida, Josef Hegen, Friedrich Johne, Robert Korb, Max Schneider, Josef Steidl, Gustav Tschapek, Rudolf Weber, Joseph Winternitz, Christof Kirschnek, Karl Kneschke, Alfred Kraus, Paul Odpadlik, Wilhelm Richter, Victor Stern, Martin Weikert, Bruno Köhler, Josef Schütz, Karl Bauerfeind, Gerhard Bondi.
- 60 Rudolf Appelt, Rudolf Dölling, Victor Stern, Bruno Köhler.
- 61 Rudolf Appelt, Robert Korb, Joseph Winternitz (ZK der KPD), Bruno Köhler, Victor Stern.
- 62 Rudolf Appelt, Robert Korb, Victor Stern, Bruno Köhler.
- 63 Rudolf Appelt, Robert Korb, Victor Stern, Bruno Köhler.
- 64 Rudolf Appelt, Rudolf Dölling, Robert Korb, Victor Stern, Bruno Köhler.
- 65 Roland Bauer, Alois Bräutigam, Rudolf Dölling, Oskar Fischer, Eduard Götzl, Josef Streit, Johann Wittik, Willi Sitte.
- Während Foitzik die These vertritt, die sudetendeutschen Kommunisten hätten deshalb für die SED strategische Bedeutung gehabt, weil sie mit der in den dreißiger Jahren entwickelten Volksfront-Taktik vertraut gewesen seien und daher die Politik der Einheit mit den Sozialdemokraten nachvollziehen konnten, beweisen viele Briefe sudetendeutscher Genossen und auch Beobach-

Hintertreffen. Einer von ihnen räsonnierte in seinen Erinnerungen, die er Ende der fünfziger Jahre aufschrieb, über den Werdegang seiner früheren Mitstreiter:

"[…] das sind alles Genossen aus der ehemaligen Bezirksleitung der KPTsch Gablonz. Gute aktive Genossen waren es, jetzt kommt es mir manchmal so vor, als wären wir […] Zimmerpflanzen."⁶⁷

Eine dieser "Zimmerpflanzen" war Karl R. Er wurde 1898 in Vranov in eine traditionsbewußte Arbeiterfamilie hineingeboren. Schon sein Vater kämpfte für die Arbeiterbewegung, ebenso alle seine Geschwister. Karl R. selbst gehörte zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Jahre 1921. Nachdem er die Volksschule verlassen hatte, arbeitete er als Tafelglasbläser und Bauarbeiter. In der Partei und der Gewerkschaft bekleidete er verschiedene Funktionen und brachte es bis zum Mitglied der Bezirksleitung der Partei. Als im Jahre 1938 deutsche Truppen die Sudetengebiete besetzten, wurde R. verhaftet und 4 Monate in Dresden inhaftiert. In seinem Lebenslauf gab er an, nach seiner Freilassung Leiter einer illegalen Widerstandsgruppe gewesen zu sein. Im November 1945 siedelte er mit einem Antifa-Transport nach Pirna in Sachsen aus und trat dort der KPD bei. Drei Jahre lang arbeitete er in den Farbenglaswerken Pirna, bis er aufgrund von gesundheitlichen Schäden, die er auf seine Haft zurückführte, Invalidenrentner wurde. Seine politische Tätigkeit, die er sehr ernst nahm, beschränkte sich auf die Betriebsgruppe der Partei und die Parteileitung seines Wohnbezirkes in Pirna. Der von ihm selbst verfaßte Lebenslauf offenbart die Schwierigkeiten, die Enttäuschungen und den Trotz der alten Genossen aus der Tschechoslowakei:

"Arbeite in der Nationalen Front als Aufklärer, soweit es meine Krankheit zuläßt, denn für mich gibt es kein Ausruhen, solang ich [ein] bißchen kann. [...] Hier in [den] Farbenglaswerken erwartete mich eine schwere politische Arbeit, hier traf ich auf großen Widerstand in politischer Aufklärung, aber ich kämpfte zäh [...] obwohl man mir zurief: Wir brauchen keine Politik oder: Du bist hier in Deutschland ein gelittener Gast, schau daß rauskommst, noch von Funktionären."⁶⁸

Männer wie Karl R. mochten wohl den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR verkörpern. Sie standen in Nibelungentreue zur Partei, auch wenn sie ihre Verbitterung nicht verbargen. Doch waren sie kaum die "Kader", die entscheidend zum

tungen von SED-Mitgliedern das Gegenteil. Vgl. Foitzik, Kadertransfer, S. 320; demgegenüber etwa: Bericht sudetendeutscher Kommunisten über die antifaschistischen Aktionen der Genossen in Reichenberg kurz vor Kriegsende, [o. D.], SAPMO-BArch, SgY 3/V 148/2/8, Bl. 150; Dienstreisebericht des Mitarbeiters der Umsiedlerabteilung der brandenburgischen Provinzialregierung, Josef Haslinger, v. 23. 11. 1946, BArch, DO1-10 Nr. 61, Bl. 272; Brief eines Johann G. an Erich Weinert vom September 1947, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11 Nr. 226 (unpag.).

Brief eines Adolf F. an den Mitarbeiter der Abteilung Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Knittel, v. 30. 12. 1959, SAPMO-BArch, SgY 3/V 148/2/11, Bl. 134.

68 Nachlaß des Karl R., SHStA, SED-BPA Dresden V/622 (unpag.).

Aufbau des neuen politischen Systems in der Sowjetischen Besatzungszone beitrugen. Hohe Erwartungen hatten große Enttäuschungen nach sich gezogen. Von einer reibungslosen Integration konnte keine Rede sein, auch wenn die Neuankömmlinge politisch auf der "richtigen" Seite standen. Die Zukunft gehörte den Jungen.

VI. Resümee

Die sudetendeutschen Genossen, obgleich privilegierte "Fremde" in der Zusammenbruchgesellschaft der SBZ, gerieten in ein vielfältiges Geflecht von Konfliktlinien. Bei denjenigen, die sich Hoffnungen auf politische Posten gemacht hatten, brachte das mangelnde Interesse der Parteispitze, die unter dem Begriff "Kadertransfer" lediglich einen kleinen Teil von Spitzenfunktionären verstand, die ersten Enttäuschungen mit sich. Die Versuche der Sowjets, aus wirtschaftlichen Interessen nur noch Facharbeiter in Antifa-Transporten in die SBZ zu überführen, dürften Empörung hervorgerufen haben. Einmal angekommen in der neuen Heimat, wurde der politische Eifer der Genossen durch die unteren Parteiinstanzen ausgebremst, welche die Fremden als lästige Konkurrenz betrachteten und selbst durch vielfältige persönliche und verwandtschaftliche Geflechte gehalten (und auch gehemmt) wurden. Für die meisten Einheimischen und die übrigen Vertriebenen erschienen die sudetendeutschen Genossen als Symbol der ungeliebten sozialistischen Herrschaft, und sie provozierten durch ihr selbstbewußtes Auftreten Abwehr bis zur Feindseligkeit.

Angesichts dieses Geflechts vielfältiger Konfliktlinien, in das die Antifa-Umsiedler bei ihrer politischen und lebensweltlichen Integration gerieten, lösen sich die Dichotomien Fremde – Einheimische, Herrscher – Beherrschte auf. Auch die Integration dieser kleinen Gruppe von Sudetendeutschen ist viel fruchtbringender im Bild des Kräftefeldes von Herrschaft als sozialer Praxis mit seinen vielfältigen Abhängigkeitsverhältnissen, Ungleichheiten und Widersprüchen sowohl zwischen als auch unter den Herrschenden und Beherrschten zu begreifen.⁶⁹ Man könnte auch sagen: Sie saßen zwischen allen Stühlen.

Vgl. Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hrsg.), Herrschaft als soziale Praxis, Göttingen 1991, S. 9-63, hier S. 13.